

Engagement Kommunal – mit lokalen Kräften global wirken

Wir in Baden-Württemberg übernehmen global Verantwortung und sind gewillt, die kommunale Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg langfristig und verlässlich, koordiniert und strategisch weiterzuverfolgen, sie auszubauen und zu verstetigen.

Grundlage dafür sind verlässliche Rahmenbedingungen sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Partner:innen im Land: Das heißt staatlicherseits EU, Bund, Land und kommunale Familie. Ebenso bedeutend ist indes der Schulterschluss mit der Bürgerschaft, zu Vereinen und Initiativen der Zivilgesellschaft, den lokalen Unternehmen, zu Religionsgemeinschaften, zu Bildungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen und den Akteur:innen des Jungen und Migrantischen Engagements.

Zur Schaffung dieser Rahmenbedingungen im Land müssen folgende 11 Verabredungen und Handlungsvorschläge in Umsetzung münden:

1. Die geplanten kommunalen **Koordinatorinnen und Koordinatoren**, beim Vorsitz der Städtetags-AG und beim Landkreistag, sind unabdingbare Notwendigkeit. Sie sind die Anker in der Umsetzung des Handlungskonzeptes. und sollen eine aktuelle und digitale Übersicht zum kommunalen Engagement im Land und den Fördermöglichkeiten bereitstellen.

2. Das **Handbuch zu kommunaler Entwicklungspolitik** des Städtetags in Zusammenarbeit mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) ist ein Meilenstein und muss in die Fläche.

3. Kommunen sind wesentliche Akteurinnen zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Dies kann nur erreicht werden, wenn **passende und abgestimmte Förderlinien für Kommunen zur Verfügung** stehen, und zwar von allen Ministerien (Bund und Land), die bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine Rolle spielen.

4. Bund und Land sind den Kommunen Partner. Gerade in dieser finanziell herausfordernden Lage braucht es Unterstützung z.B. durch die Möglichkeiten zur **Ko-, Anschub- und Brückenfinanzierung durch das Land**.

5. Dringend erforderlich ist eine **Vereinfachung in der Beantragung und Abrechnung von Projektmitteln vor allem von Bundesmitteln**. Ein gutes Beispiel sind hier die Schnellstarterpakete der SKEW.

6. Die **Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)** ist für die kommunale Entwicklungspolitik eine zuverlässige Anwältin. Das geplante Memorandum of Understanding/MoU zwischen der SEZ und dem Städtetag ist ein wertvolles Beispiel für institutionalisierte Kooperation über Grenzen hinweg.

7. Die alle zwei Jahre im Wechsel mit dem Stuttgarter Forum für Entwicklung stattfindende **landesweite Initiative Meine. Deine. Eine Welt. (MDEW)** der SEZ ist eine zukunftsweisende Initiative. Sie muss weiterhin mindestens im üblichen Umfang stattfinden. Gleiches gilt für das **Stuttgarter Forum für Entwicklung (SFE)**.

8. Die **FAIR HANDELN** als bundesweit bedeutendste **Messe für globale Verantwortung** ist ideale Plattform für kommunale Entwicklungspolitik: Der bereits für 2020 geplante gemeinsame Messestand der KLVs und das gemeinsame kommunale Fachforum mit der SKEW muss auf der nächsten Messe stattfinden.

9. Die Verwaltungshochschulen, die Führungsakademie und die weiteren Bildungseinrichtungen sollten **Schulungsangebote** zur globalen Verantwortung für Verwaltungsmitarbeitende anbieten.

10. Die Angebote und Personalstellen des Bundes und des Landes in Baden-Württemberg, insbesondere von **RENN-Süd und von Engagement Global** sowie **das Promotor:innenprogramm, MiGlobe Berater:innen** und die **Koordinator:innen für kommunale Entwicklungspolitik** sind unverzichtbar.

11. Kommunale Entwicklungspolitik macht an keiner Grenze halt, weshalb auch **Kooperationen und Vernetzung über Landesgrenzen hinweg** notwendig sind. Die Außenstelle der SKEW in Stuttgart und RENN.süd bekräftigen bereits die starke Südschiene. Ein intensiver Austausch mit dem Bayerischen Städtetag wäre demnach der nächste Schritt.

Gleichzeitig muss in den im Konzept aufgezeigten Handlungsfeldern fortgeschritten werden.

Wie die Vielzahl an Best Practices (**Kapitel II**) aufzeigt, passiert bereits viel. Die dargelegten Maßnahmen und Instrumente beweisen, dass auch erste Vereinbarungen getroffen sind. Die dargestellten Handlungsvorschläge geben die Richtung an, in die sich alle Akteur:innen für die Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene bewegen müssen.

Zentrale Handlungsfelder der Entwicklungspolitik:

- Bildung
- Bürgerschaftliches sowie Junges Engagement
- Beschaffung und Fairer Handel
- Digitalisierung
- Gleichberechtigung
- Klima, Umwelt
- Kultur
- Migrantisches Engagement
- Partnerschaften
- Wirtschaft